



Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (III): Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

Zum Mitnehmen

- Deutschland hat lange Zeit von den Sicherheitsgarantien seiner Partner profitiert. Die aktuelle Stärke der Bundesrepublik und das ureigene Interesse an einem stabilen Umfeld verlangen nun danach, Deutschlands eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit zu stärken.
- Deutschland sollte seine Präsenz an der Ostflanke des Bündnisses ausbauen und sich gleichzeitig für die Etablierung eines dauerhaften Ertüchtigungskonzeptes instabiler Partner im Süden einsetzen, um dem Krisenbogen um Europa Herr zu werden.
- Damit Deutschland im Verbund mit seinen Partnern mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen kann, muss in der Öffentlichkeit verstärkt um Unterstützung geworben werden.
- Die Bundesrepublik sollte sich dafür stark machen, dass die sicherheitspolitische Expertise im Bundestag genauso wie an Hochschulen gestärkt wird, um den öffentlichen Diskurs zu fördern und langfristig tiefgreifende Expertise aufzubauen.

INHALT

2 | Vorwort: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik

2 | I. Deutschlands sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken

3 | II. Maßnahmen – Deutsche Fähigkeiten stärken

6 | III. Voraussetzungen – Deutsche Verlässlichkeit stärken

Um der gleichzeitigen Bedrohung an der Ost- und Südflanke begegnen zu können, muss Deutschland innerhalb der NATO und der EU mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen.

Vorwort: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik

Deutschland muss mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen. Das forderte Bundespräsident Joachim Gauck gemeinsam mit dem Außenminister und der Verteidigungsministerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2014. Ausgangspunkt der Debatte ist Deutschlands neue Stärke. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat es die Wirtschafts- und Finanzkrise nahezu unbeschadet überstanden und ist ökonomisch gefestigt. Darüber hinaus weist Deutschland eine herausragende politische Stabilität auf. Aus dieser neuen Macht erwächst die Verantwortung, sich stärker als bisher für den Erhalt der liberalen Weltordnung einzusetzen, von der Deutschland als Handelsnation überdurchschnittlich stark profitiert. Angesichts der Kriege und Konflikte in Europa und seiner Nachbarschaft, in der Ukraine und im Nahen Osten, erfährt die Debatte über die neue deutsche Verantwortung in der internationalen Politik besondere Resonanz.

Wie soll aber konkret Deutschlands neue Verantwortung in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät, aussehen? Welche Instrumente sollen gestärkt werden? Und welche Initiativen sollte die Bundesregierung anstoßen und vorantreiben?

Vor dem Hintergrund dieser Debatte hat der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung drei Papiere erstellt. Diese beziehen sich auf die drei Bereiche, in denen die Übernahme von mehr Verantwortung besonders dringlich erscheint: die anstehende deutsche OSZE-Präsidentschaft (I) sowie die Themenfelder Partnerschaften (II) und Sicherheitspolitik (III). Der außenpolitische Nachwuchs gibt darin konkrete Anregungen, wie und wo „Verantwortung“ mit politischem Leben gefüllt werden kann.

I. Deutschlands sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken

Zwei parallele und sich gegenseitig verstärkende Entwicklungen unterstreichen ein entschlosseneres Auftreten Deutschlands in der Sicherheitspolitik. Das nachlassende Engagement der USA in Europa und die Schwäche anderer europäischer Staaten. Die Umorientierung der USA zum asiatisch-pazifischen Raum geht allen gegenwärtigen Beistandsbekundungen der USA zum Trotz mit einem Rückzug der Vereinigten Staaten aus der sicherheitspolitischen Führungsrolle in Europa einher. Europa muss daher in Zukunft eigenverantwortlicher für seine eigene Sicherheit sorgen. Gleichzeitig bringen aber vor allem Frankreich und Großbritannien, die traditionellen sicherheitspolitischen Pfeiler Europas, derzeit weder die politischen noch die finanziellen Mittel auf, um das verringerte Engagement der USA aufzufangen.

Dieses sicherheitspolitische Vakuum fällt in eine Zeit, in der sich Europa und die NATO mit zwei gleichzeitigen Bedrohungen an ihren Ost- und Südgrenzen konfrontiert sehen, die entschlossenes Handeln erfordern. Die Gefahren, die vom Islamischen Staat ausgehen sind ähnlich besorgniserregend wie die Aggressionen Russlands in der Ukraine und seine vermehrte Demonstration militärischer Macht im Baltikum und in der Ostsee.

Nachdem Deutschland jahrzehntelang von den Sicherheitsgarantien seiner Partner profitiert hat, erwächst angesichts seiner politischen und wirtschaftlichen Stärke unter den Verbündeten die Erwartung, dass Deutschland nun umgekehrt stärker für die Sicherheit seiner Verbündeten Sorge tragen muss. Die Bundesrepublik hat ein ureigenes Interesse an einem stabilen und sicheren Umfeld in seiner unmittelbaren wie mittelbaren Nachbarschaft. Mehr als in der Vergangenheit muss Deutschland

in Zukunft daher eine Führungsrolle in der Schaffung eines solchen Umfelds übernehmen und seinen Teil beitragen, die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit in Europa zu gewährleisten. Um auf die Gefahren und Bedrohungen, denen es sich gemeinsam mit seinen Partnern im Osten Europas und der MENA-Region gegenüber sieht, reagieren zu können, wird Deutschland hierbei auch weiterhin auf den Einsatz militärischer Mittel angewiesen sein. Die Bundesregierung sollte die fünf folgenden Maßnahmen umsetzen und so Führung in der internationalen Sicherheitspolitik übernehmen.

II. Maßnahmen – Deutsche Fähigkeiten stärken

1. Deutschlands Rolle in der NATO stärken: Eine glaubhafte Präsenz an der Ostflanke

Das am wenigsten erwartete Bedrohungsszenario, mit dem sich Deutschland gegenwärtig wieder auseinandersetzen muss, ist das Wiederauften einer „traditionellen“ Bedrohung an der Ostgrenze der NATO. Die Kernaufgaben der Allianz, die Bündnisverteidigung und das damit verbundene Konzept der Abschreckung, rücken wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Deutschland hat innerhalb der Verteidigungs- und Abschreckungsmaßnahmen des *Readiness Action Plans* der NATO durch seine Vorreiterrolle bei der Etablierung der *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF) und im Ausbau des Multinationalen Korps Nordost Führungsverantwortung übernommen.

Gleichzeitig bleibt aber offen, ob die Maßnahmen des *Readiness Action Plans* eine ausreichende Abschreckung gegen die russische Strategie der hybriden Kriegsführung darstellen. Die VJTF kann ihre Aufgabe in der Abschreckung nur als „Stolperdraht“ erfüllen, der den Gegner zwingt, im Konfliktfall sofort die gesamte NATO in den Konflikt hineinzuziehen. Da sie nur Brigadestärke erreichen wird, wäre die VJTF für eine Rückeroberung bereits verlorenen Gebiets zu klein. Gerade diese Funktion als Stolperdraht wird aber durch das augenblickliche Konzept einer außerhalb des Baltikums stationierten VJTF ausgehebelt: Für ihre Verlegung wäre zuerst ein Beschluss des Nordatlantikrates und eventuell eine Autorisierung durch die nationalen Parlamente erforderlich. Russland wird eventuelle Unternehmungen im Baltikum daher gezielt darauf ausrichten, durch ausreichende Unklarheit die Entscheidungsgremien der NATO und ihrer Mitglieder so lange zu lähmeln, bis die entsprechenden Territorien bereits erobert sind und die VJTF ihren Abschreckungseffekt nicht mehr erfüllen kann.

Die seit 2014 durch das Baltikum rotierenden Truppenverbände der Vereinigten Staaten stellen für den Moment einen ausreichenden Stolperdraht gegen mögliche russische Unternehmungen dar. Gleichzeitig ist die Dauer dieser außerhalb des regulären Haushaltes finanzierten Interims-Maßnahme nicht abzusehen. Mittel- bis langfristig wird Europa daher die Verantwortung für die konventionelle Abschreckung innerhalb der NATO übernehmen müssen. Eine Verlegungsgewalt des *Supreme Allied Commander Europe* oder gar eine dauerhafte Stationierung der gesamten VJTF im Baltikum sind augenblicklich aufgrund der NATO-Russland-Akte, aber auch aus Kostengründen, politisch auf kurze Frist nicht durchsetzbar. Deutschland sollte sich aber dafür einsetzen, ein Bataillon der Landkomponente der VJTF als europäischen Stolperdraht im Baltikum zu stationieren. Solange die einzelnen Bataillone jeder VJTF über ihre Lebensdauer durch die Region rotierten, stünde dies auch im Einklang mit der NATO-Russland-Akte. Langfristig sollten Überlegungen über eine permanente Stationierung von Soldaten und Material im Baltikum, aber

Mittel- bis langfristig wird Europa die Verantwortung für die konventionelle Abschreckung innerhalb der NATO übernehmen müssen. Berlin sollte in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle spielen.

Das Konzept der Ertüchtigung sollte bereits vor Ausbruch einer Krise etabliert werden.

Im Kanzleramt sollte die Position eines Beauftragten für Ertüchtigung geschaffen werden.

Ertüchtigung muss als Ergänzung, nicht als Ersatz von Kampfeinsätzen verstanden werden.

ebenso in Polen, nicht im Keim ersticken werden. Obwohl die Aussichten einer Realisierung dieses Vorhabens gering sind, sollte sich die Allianz nicht von Befindlichkeiten Moskaus in ihrer strategischen Ausrichtung lenken lassen, wenn sich die sicherheitspolitische Lage an der Ostflanke der NATO auf Dauer nicht entspannen sollte.

2. Krisen im Süden: Ertüchtigung als permanente Funktion etablieren

Während Deutschland in der Ukraine-Krise an vorderster Stelle Verantwortung übernommen hat, beschränkt sich sein Beitrag zur Bewältigung der Krisen an Europas Südflanke vor allem auf unterstützende Maßnahmen wie Ausbildung und Rüstung. Im Rahmen der Unterstützung der kurdischen Autonomieregierung im Irak wurde hierbei sogar mit dem Mantra gebrochen, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Konzeptionell kann sich die Bundesregierung hierbei auf ihr seit 2011 öffentlich beworbenes Konzept der „Ertüchtigung“ von Partnern stützen. Dahinter steckt die Idee, dass Deutschland nicht überall auf der Welt eine aktive Rolle in der Friedenssicherung übernehmen kann und daher vertrauenswürdigen Partnern hilft, sich selbst zu helfen. Deutschland soll ein „Anlehnungspartner“ sein, der ausbildet und ausstattet, wenn nötig auch mithilfe von Waffenexporten. Mit der *Enable and Enhance Initiative* (E2I) hat die Bundesregierung dieses Konzept auch auf der GSVP-Ebene erfolgreich eingebracht.

Das Instrument der Ertüchtigung wird hierbei bislang vor allem als Mittel der Krisenbewältigung eingesetzt, zum Beispiel in Mali oder Somalia. Die Ausbildung und Stärkung von Partnern ist aber nur dann besonders wirkungsvoll, wenn sie bereits frühzeitig beginnt und nicht erst nach Ausbruch einer Krise langsam in Gang gesetzt wird. Ertüchtigung sollte daher bereits zur Krisenprävention und nicht erst zur Krisenbewältigung eingesetzt werden. Wenn Ertüchtigung tatsächlich ein veritables Element deutscher Sicherheitspolitik werden soll, sind die von der Bundesregierung unter dem Haushaltstitel E2I eingebrachten 100 Millionen Euro nur ein erster Tropfen auf den heißen Stein.

Gleichzeitig muss auch ein institutioneller Rahmen für diese Aufgabe geschaffen werden. Unter Federführung des Bundeskanzleramtes sollte hierzu die Position eines Beauftragten für Sicherheitszusammenarbeit und Ertüchtigung geschaffen werden, dessen Amt ressortübergreifend die Kompetenzen in diesem Bereich bündelt und koordiniert.

Gleichzeitig könnte dieser hierbei auch als Verbindungsglied zu den entsprechenden Initiativen in NATO und EU, insbesondere der *Defense and Security Related Capacity Building Initiative* und der *Capacity building in support of security and development Initiative* fungieren. Hiermit könnte verhindert werden, dass eine mangelnde Vemetzung, die eigentlichen Ziele der Arbeit konterkariert.

Es bleibt dennoch kritisch anzumerken, dass der Sicherheitssektor von Partnerstaaten manchmal gleichzeitig Teil des Problems ist. Während gerade in fortgeschrittenen Krisen also richtigerweise dem *Train & Equip*, d.h. Ausbildung und Ausrüstung, eine besondere Priorität zukommt, sollte vor allem in der längerfristigen Sicherheitszusammenarbeit ein besonderer Fokus auf die Reform des Sicherheitssektors und die Stärkung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte gelegt werden. Ein weiteres Problem stellt der Endverbleib von Rüstungsgütern dar. Gelieferte Ausrüstung muss unter der Kontrolle von Institutionen verbleiben, die bei einem Verstoß zur Verantwortung gezogen werden können. Die größte Gefahr für die Ertüchtigung liegt aber in einer überzogenen Erwartungshaltung, die sie zu einer konsensfähigen, kostengünstigen und unblutigen Alternative zu den unbelieb-

ten Kampfeinsätzen aufbaut. Gerade im Krisenmanagement benötigen indirekte ausbildende und zivile Maßnahmen aber immer auch eine Stabilisierung des Einsatzumfeldes. Trainingsmissionen sind deshalb auf einen gleichzeitigen robusten Schutz- und Stabilisierungseinsatz angewiesen. Im Falle Malis haben dies zunächst die Franzosen übernommen. Die deutsche Ertüchtigungsinitiative bleibt nur dann glaubwürdig, wenn diese Form der Arbeitsteilung nicht zementiert wird und Deutschland auch bereit ist, an der Stabilisierung des Einsatzumfeldes mitzuwirken.

3. Mehr Engagement auf globaler Ebene

Eine weitere Maßnahme, die Deutschland ergreifen sollte, um einen breiten Ansatz der Gefahrenabwehr und Krisenprävention zu verfolgen, betrifft einen engagierteren Beitrag Berlins zu Missionen der Vereinten Nationen (VN). Auch wenn Deutschland viertgrößter Nettozahler in den VN ist, nimmt es im internationalen Vergleich an einer verschwindend geringen Anzahl an Missionen teil. So steht Berlin nur auf Platz 59 der 126 Truppen- und Polizeistellenden Staaten. Es liegt im Interesse der Bundesrepublik, künftig sowohl die Zahl der im Einsatz befindlichen „Blauhelmsoldaten“, Polizeikräfte sowie des Personals bei den VN zu erhöhen. Nur auf diese Weise kann sowohl die Institution der VN gestärkt werden, als auch der Wille Berlins, internationale Verantwortung zu übernehmen, unterstrichen werden.

4. Rahmennation ohne Tiefe? Mehr Kapazitäten für die Bundeswehr

Um innerhalb der NATO, in der Ertüchtigung und auch global mehr Verantwortung übernehmen zu können, bedarf es außerdem einer Überprüfung der „Breite vor Tiefe“-Leitlinie der Bundeswehr. Im Sinne des von Berlin initiierten Rahmennationenkonzepts (RNK) wird Deutschland als Rahmennation Schlüsselkompetenzen wie Logistik, Aufklärung und Führungseinrichtungen zur Umsetzung militärischer Einsätze bereitstellen, die dann um Nischenkompetenzen kleinerer Staaten ergänzt werden. Es besteht aber die Gefahr, dass „Breite vor Tiefe“ durch eine Priorisierung der Breite zu einem „Breite statt Tiefe“ verkommt. Als eine der größten europäischen Streitkräfte muss die Bundeswehr nicht nur auf ein breites Spektrum von Herausforderungen vorbereitet sein, sondern auch in die Lage versetzt werden, Einsätze über einen längeren Zeitraum durchzuhalten. Aus diesem Grund ist es überfällig, dass Berlin deutlich kommuniziert und dementsprechend handelt, was die Bundesregierung mit dem von ihr angestoßenen Rahmennationenkonzept bezeichnen will. Zwar wurden bereits 16 Cluster identifiziert, welche sich zur verstärkten Kooperation anbieten, ebenso haben sich 16 Nationen bereiterklärt, am RNK teilzunehmen. Allerdings ist weiterhin unklar, ob das Konzept als multinationale Einheit unter der Führung Deutschlands fungieren soll oder, ob das Konzept vielmehr als Rahmen dient, in welchem sich verschiedene Nationen in verschiedenen Kooperationsfeldern zusammenschließen können. Durch eindeutige Vorgaben könnten Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte mit jenen unserer Partner gebündelt werden.

Gerade eine erfolgreiche Abschreckung erfordert, dass eine Aufwuchsfähigkeit der VJTF nicht nur auf dem Papier besteht. Für die, durch die Auslandseinsätze des vergangenen Jahrzehnts materiell ausgedünnten, Verbände der Bundeswehr in der Fläche wird dies eine Herausforderung darstellen, die auch nach der jüngsten Budgetanpassung ohne ein dauerhaftes Mehr an Mitteln nicht zu realisieren ist.

Deutschland sollte außerdem weiterhin darauf vorbereitet sein, sich im äußersten Fall an Kampfeinsätzen zu beteiligen. Auch wenn gegenwärtig nicht vorausgesagt werden kann, wo und in welchem Umfang in Zukunft ein solcher Einsatz nötig sein

Die „Breite vor Tiefe“-Leitlinie der Bundeswehr sollte überdacht werden, damit Berlin den Herausforderungen an der Peripherie begegnen kann.

Trotz der jüngsten Budgetanpassung wird die Bundesregierung nicht umhin kommen, die Bundeswehr dauerhaft mit einem Mehr an Mitteln auszustatten.

könnte, ist nicht auszuschließen, dass Deutschland, in Zusammenarbeit mit seinen Partnern, eine ähnliche Mission wie in Afghanistan wird bestreiten müssen. Aus diesem Grund ist es umso dringlicher, dass die Bundeswehr materiell auf ein breites Spektrum an sicherheitspolitischen Herausforderungen reagieren kann.

5. Technischen Anschluss nicht verlieren

Bei allem Fokus auf traditionelle Fähigkeiten darf die Bundeswehr gleichzeitig nicht den Anschluss an neue Technologien verlieren. Im sich abzeichnenden militärstrategischen Zeitalter vernetzter Waffensysteme wird die Bundeswehr in der Lage sein müssen, sich hochentwickelter Technologien zu bedienen, um eigenständig und gemeinsam mit ihren Partnern handeln zu können.

Die aktuellen Pläne des Verteidigungsministeriums, die Fähigkeiten der Bundeswehr im Bereich der *Cyberdefense* zu verbessern, weisen in die richtige Richtung. Neben einer materiellen und personellen Anpassung erfordert das Aufkommen neuer Technologien auch einen Dialog mit der Gesellschaft. Hackerangriffe oder der Einsatz unbemannter oder gar autonomer Waffensysteme stellen nicht nur das Kriegsvölkerrecht vor neue Herausforderungen, sondern werfen ebenso die Frage auf, ob der Einsatz solcher Waffen mit unseren Werten zu vereinbaren ist. Die deutsche Bevölkerung muss sich bewusst machen, welche neuen Bedrohungsszenarien auf sie zukommen könnten, aber auch, wo „rote Linien“ beim Einsatz neuer Technologien gezogen werden sollten. Allen voran der Einsatz von Kampfdrohnen muss für begrenzte Szenarien - insbesondere die Luftnahunterstützung – in Erwägung gezogen werden, um das Leben der eigenen Soldaten zukünftig noch besser zu schützen. Nachdem die Entwicklung einer bewaffnungsfähigen Drohne in Zusammenarbeit mit Frankreich und Italien durch das Verteidigungsministerium beschlossen wurde, muss eine Diskussion über die Vor- und möglichen Nachteile einer solchen Waffen offen geführt werden, um potentielle Ressentiments innerhalb der Gesellschaft frühzeitig abzubauen.

III. Voraussetzungen - Deutsche Verlässlichkeit stärken

Auch in einem sicherheitspolitisch engagierten Deutschland bleibt der Einsatz der Bundeswehr nur eine unter vielen Optionen, die als Instrumente zur Gefahrenverhütung, -abwehr und -bekämpfung genutzt werden können. Um die Streitkräfte aber im äußersten Fall auch effektiv einsetzen zu können, bedarf es dringend einer Verbesserung der politischen und materiellen Rahmenbedingungen der deutschen Sicherheitspolitik. Die Stärkung der deutschen Verlässlichkeit ist hierbei die wichtigste Voraussetzung für ein „Mehr“ an Führung.

1. Sicherheitspolitische Expertise im Bundestag schärfen

Der Bericht der Rühe-Kommission hat klargestellt, dass dem Bundestag auch in Zukunft eine entscheidende Rolle für jeglichen Einsatz der Bundeswehr vorbehalten bleibt und der Parlamentsvorbehalt daher bestehen bleiben wird. Deutschlands Armee wird eine Parlamentsarmee bleiben.

Der Bundestag hat in den vergangenen 20 Jahren Beständigkeit in der Bewilligung von Einsätzen bewiesen, auch was die Dauer der Einsätze betrifft. Um die Kompetenzen des Bundestages weiterhin zu stärken, sollte in einem ersten Schritt zunächst die sicherheitspolitische Expertise der Abgeordneten gefestigt und vertieft werden. Insbesondere der Vorschlag der Rühe-Kommission, den Bundestag einmal

Der mögliche Einsatz neuer Waffensysteme erfordert einen Diskurs darüber, wo die rechtlichen sowie moralischen Grenzen dieser Technologien liegen sollen.

Insbesondere der Vorschlag der Rühe-Kommission, den Bundestag einmal jährlich über die Verpflichtungen der Bundeswehr in multinationalen Verbünden zu unterrichten, sollte umgesetzt werden.

jährlich über die Verpflichtungen der Bundeswehr in multinationalen Verbünden zu unterrichten, weist in diesem Zusammenhang in die richtige Richtung.

Darüber hinaus sollte in Betracht gezogen werden, Mitarbeiter von Parlamentariern, welche sich mit Sicherheitspolitik beschäftigen, regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Workshops zu schulen. Den Rahmen für solche Formate könnte beispielsweise die Bundesakademie für Sicherheitspolitik bieten.

2. Den Austausch mit Partnern und Bevölkerung suchen

Eine regelmäßige Unterrichtung der Abgeordneten kann auch als Ausgangspunkt für die nicht weniger wichtige Diskussion mit zwei weiteren Zielgruppen genutzt werden: Deutschlands Partnern und der Bevölkerung. Eine öffentliche Debatte würde den Partnern innerhalb EU und NATO demonstrieren, dass Deutschland sich seiner Verantwortung bewusst ist. Durch eine transparente und regelmäßige Unterrichtung des Bundestages, welche Mittel zur Einhaltung der Bündnisverpflichtungen nötig sind, könnte das Vertrauen in die Verlässlichkeit Deutschlands gestärkt werden. Gleichzeitig bietet eine Stellungnahme der Regierung im Bundestag die Gelegenheit zum Austausch mit der eigenen Bevölkerung. Diese Debatte sollte daher federführend von der Kanzlerin angeleitet werden. Es ist bedenklich, dass der Bundeswehr nach dem Aussetzen der Wehrpflicht „wohlwollendes Desinteresse“ droht. Die Diskussion um die gestiegene Führungsverantwortung Deutschlands muss daher mit der deutschen Bevölkerung insbesondere mit Blick auf den Einsatz militärischer Mittel intensiver geführt werden. Schulen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, um jungen Menschen einen informierten Umgang mit deutscher Sicherheitspolitik und der Rolle der Streitkräfte als Teil der Gesellschaft zu ermöglichen. Sicherheitspolitik und die Bundeswehr müssen zukünftig stärker als bisher im öffentlichen Diskurs verankert werden.

3. Sicherheitspolitische Expertise an Hochschulen festigen

Immer weniger Professuren der Internationalen Beziehungen beschäftigen sich mit sicherheitspolitischen Fragen. Zwar steigen seit Jahren stetig die Studierendenzahlen, aber die Anzahl der Professuren bleibt bisher weitgehend unverändert. Diesem Trend kann entgegengewirkt werden, indem Universitätsprofessuren mit einem Fokus auf sicherheitspolitische Fragestellungen eingerichtet, sowie Forschungsmittel für deutsche Sicherheits- und Friedensforschungsinstitute aufgestockt werden. Beides kann dazu beitragen, sicherheitspolitische Expertise in Deutschland dauerhaft zu etablieren. Die Einführung von Zivilklauseln oder der Ausschluss von Jugendoffizieren von (Hoch-) Schulen ist diesem Ziel abträglich. Vielmehr sollten insbesondere Gespräche und Diskussionen mit Jugendoffizieren über die sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten Deutschlands an Schulen und Universitäten vermehrt gesucht und angeboten werden. Die Initiative hierfür muss von den Bundesländern, genauer gesagt den Bildungsministern, ausgehen. Um diesem Vorhaben zusätzlichen Impetus zu verleihen, wäre es förderlich, wenn eine solche Initiative von der Bundesregierung unterstützt würde. Insbesondere die aktuellen Krisen im Osten und Süden haben ausreichend Anlass geschaffen, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die möglichen Reaktionen anzustoßen – einschließlich des möglichen Einsatzes der Bundeswehr.

Die Diskussion um die gestiegene Führungsverantwortung muss mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere mit Blick auf den Einsatz militärischer Mittel, intensiv geführt werden.

Um sicherheitspolitische Expertise dauerhaft zu etablieren, sollten mehr Universitätsprofessuren mit einem Fokus auf sicherheitspolitische Fragestellungen eingerichtet werden.

Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung

*Informationen unter
www.kas.de/jungeaussnenpolitiker*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

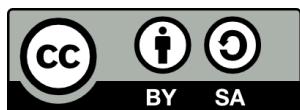
*Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30/26996-3510
E-Mail: patrick.keller@kas.de*

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

*Kontakt zum Thema Publikationen:
publikationen@kas.de*

ISBN 978-3-95721-165-1

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

*Bildvermerk Titelseite
© picture-alliance/dpa,
Foto: Kay Nietfeld*